

Francia
Milch-Seife
Dresden.

Dresdner Nachrichten

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen
Chocoladen, Cacao's, Desserts.
Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Confirmanden-
Stiefel
für Knaben u. Mädchen
empfehlen zu
billigsten Preisen
F. & A. Hammer,
Schlossstr. 21.

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfohlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rühl & Sohn, Kgl. Hoflieferanten,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

Tapeten.
Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14.
Tapeten.

Putz- und Mode-Magazin
J. M. Korschatz 6 Altmarkt 6
Hoflieferant Gegründet 1843
Stroh- und Filzhutfabrik
bietet stets nur das Neueste und Beste zu billigsten Preisen.

Solide, elegante deutsche und englische Tuchwaaren
empfiehlt in grossartigster Auswahl billigst **C. H. Hesse, 20 Marienstrasse 20, Ecke Margarethenstrasse (3 Raben).**

Nr. 72. Spiegel. Katheder-Sozialismus und studierende Jugend. Hofnachrichten, Sachsen-Stiftung, Verfall des Adels, Auslieferung, Stotzenfrage, Gerichtsverhandlungen. **Sonnabend, 13. März.**

Politisches.
Die Freiheit der Wissenschaft gehört zu den gefährlichen Schlagwörtern, mit denen in neuester Zeit besonders von den Kathedersozialisten Unruhe getrieben wird. Die Wahrheiten der Wissenschaft dürfen nicht Anstoss, nicht Parteiliche sein, und die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung gilt nur insoweit, als sich ihre Vertreter von nichts Anderem leiten lassen, als die Wahrheit so zu erforschen und festzustellen, daß sie als eine allgemeine gültige, unumstößliche Erkenntnis anerkannt werden muß. So lange die Männer der Wissenschaft kein anderes Ziel im Auge haben als die Erforschung der ewigen Wahrheit, die sich nicht in das Kampfgelände der schwankenden politischen Meinungen und Ueberzeugungen und der materiellen Tagesinteressen hineinziehen und nicht zur dienenden Wagnis wandelbarer selbstthätiger und einzelner Zwecke entwerfen läßt, wird Niemand gegen den Grundsatz der Freiheit der Forschung Etwas einzuwenden haben. Aber die Kathedersozialisten denken sich auf diese Freiheit, um an den Universitäten Theorien zu veröffentlichen, für die eine irgendwie unerschütterliche wissenschaftliche Grundlage noch nicht gewonnen worden ist, die also als feste und über jeden Zweifel erhabene Frucht der wissenschaftlichen Forschung nicht angesehen werden können. Sie behandeln in akademischen Unterrichts Vorträgen im sozialistischen Sinne als gelöst, deren Lösung, wenn sie überhaupt jemals möglich sein sollte, vielleicht erst nach Jahrhunderten gefunden werden und erst dann dem Reich der zweifelshaften Tagesmeinungen entzogen sein wird. Da der Kathedersozialismus zur Zeit auf den deutschen Universitäten die fast ausschließlich herrschende Richtung ist, ist es dahin gekommen, daß heute für einen Theil der akademisch Gebildeten besonders der jüngeren Generation die wissenschaftliche Rationalökonomie fast gleichbedeutend ist mit dem Sozialismus. Ein herrschender Schein von Wissenschaftlichkeit fällt dabei auf die Lehren, für welche die revolutionäre Sozialdemokratie Propaganda macht, und bei der heutigen akademischen Jugend gilt vielfach das Bekenntnis zum Sozialismus beinahe als etwas Selbstverständliches, weil ihre nationalökonomischen Lehrer sie zu dem Glauben verführt haben, daß die Existenzberechtigung der sozialistischen Weltanschauung bereits wissenschaftlich bewiesen ist.

Es ist schon bedenklich, wenn Universitätsprofessoren, die als Lehrer der Jugend dieser als Vertreter der wissenschaftlichen Sachlichkeit und strengsten Unparteilichkeit vorzuleuchten sollen, sich außerhalb des Universitätslebens als praktische Politiker betätigen, besonders wenn dies in der verblüffenden und verheerenden Manier der sozialdemokratischen Agitatoren geschieht, dergestalt, daß die wissenschaftlichen von den politischen Ueberzeugungen nicht mehr streng von einander getrennt werden können und bei den Schülern leicht der Eindruck entsteht, daß die Aufgaben der Wissenschaft mit denen der praktischen Politik zusammenfallen. Als der in den letzten Jahren oft genannte Professor der Nationalökonomie Geh. Rath Adolf Wagner vor zwei Jahren das Rektorat der Berliner Universität antrat, benutzte er seine Antrittsrede dazu, um für seine Richtung, den Kathedersozialismus, offen Propaganda zu machen und u. A. die Behauptung als unumstößlichen Grundsatz aufzustellen, daß die heutige Wissenschaft unter dem Zeichen des Sozialismus stehe. Er ergreifte ferner diese Gelegenheit, sich mit Segnern, mit denen er kurz zuvor unerquickliche persönliche Streitigkeiten gehabt hatte, in polemischer Weise aneinander zu legen. Die geistige und wissenschaftliche Bedeutung der Begründer der Sozialdemokratie, der Marx, Engels, Bause, stellte er so hoch, daß es nicht anfänglich erscheinen kann, wenn seine Anhänger die Sozialdemokratie als eine vollkommen berechnete Bewegung betrachten. In einer Rede, die er mehrere Monate vorher bei einem großen studentischen Kommerse gehalten, hatte er es zwar für bedauerlich, aber doch begreiflich erklärt, daß sich ein Jüngling in die Arme der Sozialdemokratie werfe. Ein Zeichen schlechter Gesinnung sei das nicht, sondern es sei das warme Gefühl für die Verdienste der schlechter gestellten Mitmenschen, die Hoffnung auf die Besserung ihrer Lage, welche ihn zu radikalen Plänen treibe, weil er von ihnen Besserung erhoffe.

Solche Manifestationen von Kathedersozialisten zu Gunsten der sozialistischen Bestrebungen stehen keineswegs vereinzelt da. Im Hörsaal und außerhalb desselben bemüht sich die Mehrzahl der Vertreter der Nationalökonomie, sich in die sozialpolitischen Tagesfragen einzumischen und für den Sozialismus Partei zu ergreifen. Schüller an Schüller und Raumann und Egidy haben sozialistische Professoren in dem Hamburger Streit zu Gunsten der ausländischen Sozialdemokraten zu Interzentren gesucht, und Prof. Wagner ist in das Saargebiet gereist, um dort den Bergarbeitern eine Brandrede für die sozialistischen Forderungen zu halten. Er hat es sogar fertig gebracht, diese seine Handlungsweise vor feindlichen akademischen Schülern zu rechtfertigen und dadurch eine studentische Demonstration zu seinen Gunsten zu provozieren. Mit Recht nennt die „N. A. St.“ dies zugleich eine Demonstration gegen die preussische Regierung. Den jungen Leuten war aus den öffentlichen Blättern bekannt geworden, daß die vorgelegte Behörde sich veranlaßt gesehen hatte, dem oben jenen akademischen Lehrer, der sich in auffälliger Weise an der sozialistischen Agitation betheiligte, einen Wink oder eine Mahnung zukommen zu lassen, er solle die Rücksicht auf sein Amt nicht aufzuheben aus den Augen lassen. Was nun Professor Wagner in seiner Schlußrede mit besonderer Betonung und gehobener Stimme

vom Katheder herab die Versicherung gab, er für seine Person werde dabei bleiben, die „Verbreitung sozialer Gesinnung“ als eine der vornehmsten Aufgaben des Lehrers der Nationalökonomie zu betrachten, konnte der tosende Beifall, der sich bei diesen Worten erhob, nur einen Sinn haben, den einer Aufforderung, sich durch seine Meinungsäußerung der Behörde in der Fortsetzung der bisherigen „sozialen“ Betätigung beizugeben zu lassen. Das Widerstreben gegen die Autorität der Staatsbehörde, meint die „N. A. St.“, war es, das von dem Auditorium beifällig ausgezeichnet wurde. Das offizielle Blatt legt hinzu: „Geübert aber wird dies Werk der Demagogie, wenn auch vielleicht meist unbewußt, durch eine unklar agitatorische Rhetorik von Männern, die in einer Stellung, welche den Nimbus einer „Leuchte der Wissenschaft“ verleiht, dennoch in einer den Anforderungen der Wissenschaft widersprechenden Weise ihre Zuhörer mit Schlagwörtern irreführen, wie es z. B. der Ausdruck „Soziale Gesinnung“ ist. Dagegen, gegen den Mißbrauch des Katheders zur Verbreitung agitatorischer Zweideutigkeiten unsere Stimme zu erheben, ist unsere unabwiesbare Pflicht.“

In der That ist es die unabwiesbare Pflicht aller staats-erhaltenden Kreise geworden, gegen das sozialistische Demagogentum, das auf unseren Universitäten unter dem Verhüllmantel der Wissenschaftlichkeit sein Unwesen treibt, Stellung zu nehmen. An Ihren Pflichten sollt Ihr sie erkennen! Schon der tosende Beifall, den Prof. Wagner bei der erwähnten Demonstration erntete, beweist, daß das sozialistische Gift von den Kathedersozialisten nicht ohne Erfolg in die empfänglichen Gemüther der Jugend gelöst worden ist. Die Wagner und Genossen haben Schule gemacht. Der sozialistische Student, der auf die Zahne Nebel's oder Raumann's schwört, ist nicht mehr bloß eine seltene Ausnahme. Auch die sollte der Staat nicht mit verächtlichen Aamen zuschauen, auch nicht, wenn man in Anschlag bringt, daß sich viele von den Studenten, die sich zu sozialistischen Anschauungen haben bekehren lassen, später, durch die Erfahrungen des praktischen Lebens, durch die dringlicheren Bedürfnisse und Zustände der Wirklichkeit ermahnt, einer besseren staatsverhaltenden Einsicht zuwenden werden. Ein Theil der Studierenden betrachtet den Sozialismus als eine Nothwendigkeit, die man mitmachen, ohne daß man sich mit Leib und Seele dauernd dafür engagiert. Man muß ferner die Neigung der leicht zu entkommenden Jugend zu sentimentalen Schwärmereien für utopische Theorien berücksichtigen und ihren Gang zu einem oppositionell gerichteten Materialismus, der die Welt den Gelehen aller historischen Entwicklungen gegenüber auf einmal von Grund aus verwerfen will. Wie aus die breiten Massen, so wirken auch auf den Jüngling weit mehr die beherrschenden agitatorischen Phrasen und das lebensschaffende Pathos des Ideologen als die ruhigen, besonnenen Erwägungen des Realpolitikers. Aber wie die große Menge, so ist auch die Jugend wandelbar und bald hier, bald dort hin zu lenken, und Letztere wird ihre Herren erobern, gleichviel für welche Sache, der über das erforderliche Maß jüngerlicher Verblendbarkeit verfügt. Kein akademischer Lehrer hat seit Fichte's Zeiten so große Verehrung unter den Studenten zu erwecken gewußt, als Heinrich v. Treitschke, der so klar wie kein Anderer seiner Kollegen gegen den Sozialismus und seine Götter auf den Universitäten gekämpft hat. Andere Studenten schwärmen für sozialistische Bestrebungen und zu gleicher Zeit huldigen sie dem Hülten Bismarck, dem größten Gegner des Sozialismus. Alle nicht sozialistischen Universitätslehrer sollten es sich darum angelegen sein lassen, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß dem unruhigen sozialistischen Materialismus Schranken gezogen werden. Vor Allem sollten sie nachdrücklich vor den Gefahren einer vorzeitigen Parteinahme in politischen oder wirtschaftlichen Tageskämpfen warnen. Nur im vaterländischen nationalen Sinne sollte die Jugend Partei ergreifen. Diese Parteinahme aber, das Bewußtsein des nationalen Idealismus, muß jeglichen Sozialismus ausschließen, weil dieser in seinen Zielen international und antinational ist. Wägen die schönen Worte Beherrschung finden, die auf dem Wagner-Schmoller-Kommerse vor zwei Jahren der damalige Rektor der Berliner Universität Professor Hildebrandt seinen Kommilitonen jurist: „Warum wollen Sie sich die hergebotene Freude am einigen und starken Vaterlande dadurch trüben und vergällen lassen, daß Sie sich vorzeitig und ohne jeden sachlichen Nutzen in das leidige Parteigetriebe unserer Zeit hineinstürzen? Wären Sie sich doch das goldene Vorrecht der Jugend, in ungetrübtem Idealismus, unbekümmert um das fatale Gewicht der politischen Parteien, sich der gemeinsamen hohen Güter des Vaterlands zu erfreuen, dessen Einheit und Stärke, von Ihren Vätern in schwerem Kampfe errungen, noch keineswegs so festgewurzelt ist, daß sie nicht immer noch der treuen Hingebung und Hingabe seitens der Söhne und Töchter bedürfte. Geschieht es aber die Liebe zum einigen deutschen Vaterlande, wodurch nicht dadurch, daß die Jugend schon wieder in die alte deutsche Erblande des Sondergeistes und Parteilichens zerfällt und mit stiller Stille die Erblande in allem Bestehenden unbankbar macht, sondern dadurch, daß sie der notwendigen Unzuliebe der Alten den echt deutschen Idealismus des Glaubens und der jugendlichen Optimismus des Hoffens entzogen und der dankbaren Freude an den reichen Gütern unserer nationalen Lebens bei jeder Gelegenheit froh und froh, fromm und frei Ausdruck giebt. Ja, das Herz erfüllt mit treuer, warmer Liebe für Deutschlands Herrlichkeit, die mit seiner Einigkeit steht und fällt, und zugleich durch festige Arbeit sich für den bevorstehenden Kampf tüchtig vorzubereiten, das wäre die beste Vorbereitung für fröhliche Erfüllung Ihrer Bürgernpflichten, viel besser als alles Dilettieren und Agitieren im Sozialismus.“

Kernschreibs und Kernschreibsberichte vom 12. März.
* Berlin. In Angelegenheiten der für Preussien in Aussicht genommenen Autonomie enthält der heutige hier eingetroffene „Tempo“ einen längeren Artikel, in dem es heißt: Es darf nicht vergessen werden, daß Preussien schon einmal im Jahre 1869 nicht davor stand, Dank der Bemühungen Europas eine vollständige Demokratie zu erhalten. Ebenso bringt in der „Times“ der damalige amerikanische Konsul in Rom, der mit diesen Verhandlungen auf das Engste vertraut war, in Erinnerung, daß es damals Griechen-

land war, welches aus ehrgeizigen Absichten die glückliche Idee von Scheitern brachte und Preussien zu weiteren 28 Jahren des Leidens und der Unterdrückung verdammt.
Berlin, Reichstag. Zur zweiten Berathung steht zunächst das Schuldenentlastungsgesetz (Verordnung von Ueberweisungen der Ueberweisungen über die Reichsbeiträge für 1897/98 zur Schuldenentlastung). Als § 1 hat die Kommission einen neuen Paragraphen eingefügt, wonach auch für 1896/97 dem Reiche über die ihm aus Zöllen und Tabaksteuer zustehenden 130 Millionen Mark noch weitere 15 Mill. M. zur Schuldenentlastung verbilligt werden sollen. Ferner als § 2 statt § 1 der Vorlage hat die Kommission beschlossen, daß für 1897/98 nicht die Hälfte, sondern Dreiviertel des Uebertrages der Ueberweisungen über die Reichsbeiträge dem Reiche verbilligt werden sollen. Zu § 3 endlich, dem zufolge von 1899/1900 ein etwaiges Mehr der Reichsbeiträge über das Etats-Gesetz an Ueberweisungen bis in Höhe des nach § 2 dem Reiche zufallenden Betrags unentgeltlich zu sein, hat die Kommission die Bestimmung hinzugefügt: „jedoch ist hiervon nur in dem Maße Gebrauch zu machen, als nicht das Etats-Gesetz der Ueberweisungen über Reichsbeiträge der Ueberweisungen übertrifft.“

Schäpietretär Graf Tolstodowsky erklärt die Zustimmung der verbündeten Regierungen zu dem Beschlusse der Budgetkommission. — Abg. Richter (Freil. Volksp.) macht nochmals seine grundsätzlichen Bedenken gegen § 3, gegen die darin liegende automatische Verbilligung der Jahre 1897/98 und 1899/1900 geltend. Der Reichstag werde außerdem im Jahre 1899/1900 nicht behindert sein, nach seinem Ermessen zu handeln durch entsprechende einmalige Normierung der Reichsbeiträge einerseits und der Ueberweisungen andererseits. — Schäpietretär Graf Tolstodowsky erwidert, das formale Recht liegen habe der Reichstag allerdings, es würde aber darin eine Verletzung des Rechts der Einzelstaaten auf Ueberweisungen liegen. — Referent Dr. Heber (Centr.) weist den Vorwurf einer automatischen Regelung zurück. — Das Gesetz wird in der Fassung der Kommission angenommen. — Kann wird die zweite Lesung des Etats bei Zöllen und Verbrauchssteuern fortgesetzt. Der Etat der Zölle und Tabaksteuer wird betheiltet erledigt. — Beim Etat der Zuckersteuer weist Abg. Schulz-Lupik (Reichsp.) auf die große Ungerechtigkeit hin, welche das bestehende Zuckersteuergesetz durch seine Bestimmungen über die Kontingentierung im Gebote habe; neue Fabriken, von häuslichen Gewerkschaften gegründet, hätten ganz abnorm hohe Verbrauchssteuern zu zahlen. — Schäpietretär Graf Tolstodowsky: Das Verwehren über ungerechte Kontingentierung nicht ausbleiben würden, war vorauszusetzen. Die Zuständigkeit für Kontingentierung liegt aber bei den einzelnen Regierungen, und an diese wären die Verwehren zu richten gewesen. Jedenfalls ist die Kontingentierung, dem Gesetze gemäß, nach der Leistungsfähigkeit erfolgt. Abg. v. Nordhoff (Reichsp.) hält es für nöthig, durch eine besondere Kommission nochmals die Kontingentierungsvorläufe prüfen zu lassen; für dieses Jahr aber würde er auf einen dahingehenden Antrag verzichten. — Abg. v. Staube (Centr.): Es werde auf diesem Gebiete nicht eher Ruhe und Frieden werden, ehe nicht ein Verwaltungsgerichtshof über Klagen wegen Vertheilung des Kontingents zu entscheiden haben werde. — Schäpietretär Graf Tolstodowsky: Das wäre doch ein völliges Novum in unserer Gesetzgebung, über welches ich mich heute wohl nicht aussprechen brauche. — Abg. Baasche (nat.-lib.): Die Kontingentierung ist der einzige Punkt, über den von den Zuckerfabrikanten gelagt werde, und gerade dafür sei er nicht verantwortlich; er habe über die Kontingentierung ganz andere Vorschläge gemacht, die aber gerade von den Herren links abgelehnt und bekämpft worden seien. — Abg. Köhler (Freil.): Abg. Baasche will sich wegen der Art der Kontingentierung von keiner Vaterchaft an Zuckersteuergesetz lösen, aber das hilft ihm nichts, denn er ist und bleibt der Vater dieses Gesetzes; wir halten den Vater fest. (Beifall.) Heber schließt dann die unangenehmen Folgen des Gesetzes: Ueberproduktion und Preisdruck. — Schäpietretär Graf Tolstodowsky erwidert auf eine Anrede des Abg. Köhler, die Verhandlungen über Abschaffung der Zuckerprämien brauchen nicht erst wieder aufgenommen zu werden, denn sie schwebten immer noch. Wir würden uns sehr freuen, wenn bei allen Staaten die Ueberzeugung Eingang fände, daß endlich nur besten kann eine totale Beilegung der Prämien. Sobald diese erfolgt, würde man auch die Verbrauchssteuer herabsetzen können. — Abg. Dr. Barth (Freil. Ver.): Das Gesetz habe gerade Jenen am meisten geschadet, denen es helfen sollte, nämlich den Zuckerproduzenten. Geschadet habe es aber auch unseren Konsumenten, nur der Konsument im Umstande habe Nutzen gehabt. — Abg. Stolberg (Centr.) widerspricht dem Wunsch des Abg. Baasche, das Gesetz in Bezug auf die Kontingentierung zu ändern und an die Stelle der beweglichen Kontingentierung die feste zu setzen. Das bei dem Zuckersteuergesetz geschlossene Kompromiß ist irremediabel das Beste, was sich habe thun lassen. — Schäpietretär Graf Tolstodowsky: Die Zucker-Interessenten werde man nie zu brechen stellen können. Die Klagen sind immer und überall in der Welt unter jedem Gesetz. Er verstehe auch nicht, weshalb so sehr über unter bestehendes Gesetz gelagt werde; man solle doch froh sein, wenn man nur überhaupt erträgliche Preise habe. Mit Schuld an dem Preisdruck hätten auch verheerliche Spekulationen. Jede Preise ließen sich eben auf keine andere Weise beschaffen als durch Bekämpfung der Produktion. — Der Titel Zuckersteuer wird genehmigt, desgleichen desbetriebs Maßsteuer. Bei der Branntweinsteuer geht Abg. Baasche (nat.-lib.) auf die Frage der Spiritusbeschneidung ein, dabei dem Abg. Richter den Kommt machend, für eine solche landwirtschaftliche Frage habe gewisse natürlich kein Interesse. — Abg. Richter (Freil. Volksp.): Beweis: sogar ein großes Interesse, freilich aber will ich nicht, daß der Spirituskonsumententanten noch Zuschüsse vom Staate gegeben werden, wie das jetzt bereits vorgezogen wird. Das wäre eine ganz neue Art von Uebergeben. — Abg. v. Nordhoff (Reichsp.): Natürlich, immer wenn es sich um das Interesse der Landwirtschaft handelt, sind die Herren Gegner. — Abg. Baasche erwidert, man könne jetzt bereits Spiritus ohne Abstriche brennen, und um dieser Erfindung Verbreitung zu verhüten, soll das Reich verfügbare Ueberträge aus der Branntweinsteuer hergeben. — Abg. Richter legt gegen eine solche Unterstützung einer einzelnen Industrie von Staatswegen abermals Verwahrung ein. Gegen Ausdehnung eines solchen landwirtschaftlichen Konsumartikels überhaupt habe seine Partei gar nichts. — Schäpietretär Graf Tolstodowsky befreit, daß aus der Branntweinsteuer solche erhebliche Mittel beschaffen seien. — Der Titel Branntweinsteuer wird genehmigt. — Das Haus scheidet nun zur ersten Berathung der Vorlage betreffend Errichtung einer Gedächtnisstätte für die Opfer des Krieges 1870/71. — Reichs-kanzler Fürst Hohenhausen: Meine Herren! Die Vorlage bezieht die Errichtung einer Gedächtnisstätte zu Ehren der im Kriege 1870/71 Gefallenen oder Schwerverwundeten. Ich weiß wohl, daß

Friedrich & Glockner
Verlag, Leipzig
Königsplatz 12
Hoflieferant
K. u. K. Hof- und
Landesbibliothek
in Wien
Verlag
K. u. K. Hof- und
Landesbibliothek
in Wien